



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 2. September 2009

Aus Berlin

Köhler: Ob Honorarzuwachs dem Versorgungsbedarf gerecht wird, muss sich erst noch zeigen

„Ob der medizinische Bedarf der Patienten für 2010 wirklich gedeckt ist, wie die Krankenkassen behaupten, muss sich erst noch zeigen.“ So hat der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Andreas Köhler, das heutige Verhandlungsergebnis des Erweiterten Bewertungsausschusses von Ärzten und Krankenkassen kommentiert. Die Vergütung für Leistungen innerhalb der sogenannten Regelleistungsvolumen der Ärzte steigt demnach 2010 morbiditätsbedingt um zwei Prozent im Vergleich zu 2009. Rechnet man die extrabudgetären Leistungen hinzu, ergibt sich insgesamt ein Plus von 3,7 Prozent beziehungsweise rund 1,2 Milliarden Euro. „Wie sich dieser Zuwachs auf die einzelne Arztpraxis auswirkt, kann man jetzt noch nicht sagen“, stellte der KBV-Chef fest. Bereits vor den Verhandlungen mit den Kassenvertretern hatten die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) über Stützungsmaßnahmen beraten, die die möglichen Verluste einzelner KVen im Jahr 2009 gegenüber 2008 mindern sollen. Hierzu hat der Bewertungsausschuss heute trotz einer entsprechenden Forderung der KBV nicht beschlossen. ([KBV-Pressemitteilung, 2. September](#))

Premierenveranstaltung des Kassenärztetages in Berlin

„Wir müssen das Gesundheitswesen modernisieren.“ Mit diesen Worten hat KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller den ersten Deutschen Kassenärztetag am 1. September in Berlin eröffnet. Bischof Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, warnte in seinem Vortrag vor einem Verlust der Solidarität und vor einer vorherrschenden Managerlogik im Gesundheitswesen. Der unbedingte Vorrang medizinischer und nicht ökonomischer Aspekte bei der ärztlichen Behandlung zählt auch zu den Kernforderungen der Kassenärzte an die zukünftige Bundesregierung, die KBV-Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler in seiner Rede stellte. Der Höhepunkt des Kassenärztetages war die politische Podiumsdiskussion: Über die Bedeutung und das Ausmaß des Wettbewerbs, der Versorgungssicherheit sowie der Solidarität in einem Gesundheitssystem der Zukunft debattierten die Vertreter der Bundestagfraktionen. ([Deutscher Kassenärztetag, 2. September](#), [KBV-Pressemitteilung, 1. September](#))

Neue Regelungen zu Patientenverfügung

Am 1. September ist die gesetzliche Regelung zur Wirksamkeit und Reichweite von Patientenverfügungen in Kraft getreten. Patientenverfügungen erläutern dem Arzt den Willen des Patienten, der sich zur seiner medizinischen Behandlung nicht mehr selbst äußern kann. Damit sind die Voraussetzungen von Patientenverfügungen und ihre Bindungswirkung im Gesetz bestimmt. „So stellen wir sicher, dass die Menschen in jeder Phase ihres Lebens selbst entscheiden können, ob und wie sie behandelt werden möchten. Zugleich gewährleisten wir, dass

bei Missbrauchsgefahr oder Zweifeln über den Patientenwillen das Gericht als neutrale Instanz entscheidet“, sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD). Die neue Regelung begrüßte auch die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD): „Ich bin sehr froh, dass nun endlich Rechtssicherheit besteht“, so Schmidt. ([Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz, 1. September](#), [Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit, 1. September](#).)

Minister haben keinen Vorrang bei Impfung gegen das neue Influenzavirus

Die Bundesregierung erhält erst nach den Risikogruppen eine Impfung gegen die Neue Influenza (sogenannte Schweinegrippe). Das hat der stellvertretende Regierungssprecher Klaus Vater gesagt und reagierte damit auf eine Meldung der Bild-Zeitung mit dem Titel „Bundesregierung wird zuerst geimpft“. Sobald der Impfstoff zur Verfügung steht, werden zuerst chronisch Kranke, Schwangere sowie medizinisches und Pflegepersonal geimpft. Erst danach soll schrittweise das Schlüsselpersonal der Bundesverwaltung eine Immunisierung erhalten, zu dem auch die Bundesregierung gehört. (Agenturmeldung, 2. September)

Aus KBV und KVen

Kritik an Äußerungen von Barmer-Chef Vöcking

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB), Dr. Hans-Joachim Helming, hat die Äußerungen des Barmer-Chefs Vöcking kritisiert. Dieser hatte erklärt, dass Ärzte Spitzenverdiener seien. Helming wies darauf hin, dass die Ärzte im Osten Deutschlands fast 20 Jahre rund ein Drittel der erbrachten Leistungen nicht honoriert bekommen haben. Diese Ungerechtigkeit sei jetzt etwas abgemildert. Die Medizinische Versorgung bestehe weder nur aus Ärztehonoraren noch sei mit dieser Einkommensdiskussion ein einziges der vielen Probleme im Gesundheitsbereich zu lösen, so Helming weiter. An anderer Stelle wies er darauf hin, dass angesichts der hohen Krankheitslast und der Vielzahl an alten Patienten eine dramatische Unterversorgung droht. ([Pressemitteilungen der KVBB 28. August und 1. September](#))

Spiro will Neiddebatte beenden

Dr. Till Spiro, der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen (KVHB) hat jüngst die Darstellung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) zurückgewiesen, wonach in Bremen die Ausgaben der Krankenkassen je Versicherten am höchsten seien und damit von einer Ost-West-Angleichung nicht die Rede sein könne. Es entspreche nicht der Realität, dass die Ausgaben der Krankenkassen je Versicherten in Bremen am höchsten sind. „Durch diese verfälschende Darstellung wird angesichts der jüngsten Honorarreform eine völlig unnötige Neiddebatte zwischen Ost und West angeheizt, die dem KV-System nicht gut zu Gesicht steht“, sagte Spiro weiter. ([Pressemitteilung der KVHB, 26. August 2009](#))

Vertreterversammlung der KV Hessen fordert Umkehr der Vergütungssystematik

Die Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH) hat anlässlich ihrer Klausurtagung am vergangenen Wochenende von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) einen sofortigen Kurswechsel gefordert. Die bisherige Honorarsystematik, wonach zuerst spezielle Leistungen in unbegrenzter Höhe und zuletzt die Leistungen aus den sogenannten Regelleistungsvoluminen (RLV) vergütet würden, sei nicht mehr hinnehmbar, verlautete aus der VV. Die vertragsärztliche Versorgung werde durch eine solche Vergütungsstruktur geradezu auf den Kopf gestellt, heißt es in einer einstimmig gefassten Resolution. Stattdessen müsse die Grundversorgung der Patienten an erster Stelle stehen. ([Presseinformation der KVH, 31. August](#))

Start für Stiftung zur Förderung der ambulanten medizinischen Versorgung in Thüringen

Die Stiftung zur Förderung der ambulanten Versorgung hat nach der offiziellen Gründung durch das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit sowie die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT) seine Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, bis Ende des Jahres ein Thüringen-Stipendium aufzulegen. Mit Hilfe einer finanziellen Unterstützung bei der fachärztlichen Weiterbildung von Ärzten, die an eine spätere Niederlassung in Thüringen gebunden ist, wollen die Initiatoren dem zu erwartenden Ärztemangel in den nächsten Jahren begegnen. Daneben werden durch die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen bereits Eigeneinrichtungen gefördert. Dort kann

ein Arzt über zwei Jahre investitionsfrei und risikolos eine Art „Fahrschule“ für die spätere Zulassung als Arzt in Thüringen absolvieren. ([Pressemitteilung der KVT, 26. August](#))

Aus den Verbänden

Prämien für Patienteneinweisung scharf verurteilt

„Fangprämien verstoßen nicht nur gegen die ärztliche Berufsordnung, sondern sind auch aus berufsethischer Sicht nicht zu tolerieren.“ Das hat Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, in der Diskussion um Prämien für Klinikeinweisungen an Niedergelassene gesagt. Der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, kritisierte die Bestechung der Ärzte durch Kliniken. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hingegen macht die Niedergelassenen für die umstrittene Praxis verantwortlich. „Es sind vor allem die Ärzte, die im Verbund organisiert an Kliniken herantreten und gemeinsam Forderungen stellen“, sagte DKG-Präsident Dr. Rudolf Kösters. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) forderte von den Kassenärztlichen Vereinigungen, Berufsverbänden und Ärztekammern dagegen vorzugehen, dass von Krankenhäusern Zahlungen an niedergelassene Ärzte fließen, wenn diese im Gegenzug dafür ihre Patienten in bestimmte Kliniken einweisen. KBV und DKG wollen in einem gemeinsamen Schreiben Klarheit schaffen. (Agenturmeldungen, 2. September)

Marburger Bund fordert Neuanfang in der Gesundheitspolitik

Der Marburger Bund hat sich vehement gegen eine Zwei-Klassen-Medizin in der Behandlung von Patienten gewandt. „Ärztliche Hilfe darf nicht vom Geldbeutel abhängen und auch nicht vom Versichertenstatus“, heißt es in einem Zehn-Punkte-Papier der Ärztegewerkschaft zur Bundestagswahl am 27. September. Jeder Patient müsse Zugang zu den gesundheitlichen Leistungen haben, die er aus medizinischer Sicht brauche. „Die Politik kann sich der Aufgabe nicht entziehen, den Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung zumindest in seinen Grundzügen zu bestimmen und zu verantworten.“ Zugleich bekräftigte der Marburger Bund seine Ablehnung einer staatlichen Einheitskasse zulasten der privaten Krankenversicherung. „Der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen ist wieder mehr Freiraum zu geben“, fordert der Marburger Bund. ([Pressemitteilung des Marburger Bundes, 28. September](#))

Bundesärztekammer: Symposium zu ärztlicher Versorgung und demografischem Wandel

Die Bundesärztekammer hat am 27. August ein Symposium unter dem Motto „Demografischer Wandel und ärztliche Versorgung“ veranstaltet. Die hausärztliche Versorgung ist in vielen ländlichen Regionen nicht mehr gesichert und auch die fachärztliche Versorgung leidet in vielen Bereichen schon an Nachwuchsmangel. Trotz der stabilen Anzahl von Studierenden der Humanmedizin suchen immer weniger Ärztinnen und Ärzte den Weg in die kurative Medizin. Aber auch Arztstellen in Forschung, Wissenschaft und öffentlichen Gesundheitseinrichtungen bleiben zu lange unbesetzt. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesärztekammer zur Diskussion über die notwendigen politischen Initiativen eingeladen. Es wurde unter anderem diskutiert, wie die Herausforderungen des demografischen Wandels, die Möglichkeiten des medizinischen Fortschritts und die steigende Leistungsanspruchnahme miteinander zu vereinbaren sind. ([Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 27. August](#))

Hoppe weist Gesetzesvorschlag zu ärztlichen Kunstfehlern zurück

Den Vorschlag der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD), die Patientenrechte hinsichtlich ärztlicher Kunstfehler per Gesetz zu stärken, hat Bundesärztekammerpräsident Jörg-Dietrich Hoppe kritisiert. Auf 24.000 Arzt-Patienten-Kontakte kommt nur ein anerkannter Behandlungsfehler, erklärte Hoppe. Das macht ein Gesetz nach seiner Ansicht unnötig. (Agenturmeldung, 29. August)

Aus der Welt

EU will einheitliche Telefonnummer für ärztlichen Bereitschaftsdienst

Die Europäische Union (EU) will die Telefonnummer 116 117 als europaweit gültige Telefonnummer für ärztliche Bereitschaftsdienste einführen. Das hat der Europa-Abgeordnete Thomas Ulmer (CDU) mitgeteilt, berichtet die Zeitschrift Focus. Eine Entscheidung der EU-Kommission hierzu könnte im Oktober fallen, so Ulmer. Deutschland wird dann eins der ersten Länder sein, das diese Rufnummer anbietet. Die KBV hatte bereits 2007 angeregt, bundesweit die 116 117 für den ärztlichen Bereitschaftsdienst einzurichten. Für akute Notfälle hingegen gilt bereits fast überall in Europa die Rufnummer 112. (Focus, 31. August)

Außerdem

Internetauftritt der Kooperationsgemeinschaft Mammographie erhält Qualitätssiegel

Die Stiftung Health on the Net Foundation (HON) hat den Qualitätsstandard des Internetauftritts der Kooperationsgemeinschaft Mammographie zertifiziert. Die Website bietet interessierten Frauen und der Fachöffentlichkeit die Möglichkeit, mehr über das Programm zur Brustkrebsfrüherkennung und zu seinen Hintergründen zu erfahren. Sie informiert über die Untersuchung und erklärt die Abläufe des Mammographie-Screenings. Zudem können Nutzer der Internetseiten mit einem Klick per Eingabe ihrer Postleitzahl erfahren, wer in ihrer Region für das Mammographie-Screening-Programm zuständig ist. ([Pressemittteilung der Kooperationsgemeinschaft Mammographie, 31. August](#))

KOMPAKT- Zahl der Woche: 8,1

Nach durchschnittlich 8,1 Tagen entlassen Deutschlands Krankenhäuser ihre Patienten. Demnach endet ein Krankenhausaufenthalt knapp zwei Tage früher als noch im Jahr 2000. Das berichtet das Statistische Bundesamt in seiner Krankenhausstatistik für das Jahr 2008. ([Statistisches Bundesamt, 2. September](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|------------|--|
| 05.09.09 | 5. Innovationskongress der KV Nordrhein: Der Arzt als Unternehmer und Manager
Düsseldorf |
| 09.09.09 | Symposium der Stiftung Praxissiegel e.V.: Qualität im Fokus – Impulse für eine gelebte Qualitätskultur im Gesundheitswesen
Berlin |
| 11.09.09 | 3. BMVZ-Jahreskongress: „MVZ, Kooperation mit Zukunft“
Berlin |
| 12.09.09 | 1. Bremer Tag der ambulanten Medizin
Bremen |
| 16.09.09 | Außerordentliche Vertreterversammlung der KV Bayerns,
München |
| 18.09.09 – | 24. Bundeskongress des Verbandes medizinischer Fachberufe |

20. 09.09	Hannover
26.09.09	XIII. Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe Münster
26.09.09	Kooperationstagung: „Demenz– Gemeinsam für eine bessere Versorgung“ Berlin

Aus der Presse

1. Deutscher Kassenärztetag: Köhler sieht Sicherstellungsauftrag in akuter Gefahr

Durch das Nebeneinander von kollektivvertraglicher Versorgung und Selektivverträgen nach Paragraf 73b und c SGB V ist der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) akut bedroht. Das hat, wie die Ärztezeitung berichtet, Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), beim 1. Deutschen Kassenärztetag der KBV in Berlin gesagt. Ändert die Politik ihren Kurs nicht, wird der Kollektivvertrag schon „in einem oder zwei Jahren tot sein“, so Köhler. Weiterhin forderte der KBV-Chef von der künftigen Bundesregierung die Revitalisierung des KV-Systems, eine Stärkung der Freiberuflichkeit der Ärzte und den Vorrang der Medizin vor der Ökonomie. (Ärzte Zeitung, 1. September)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: ivelikova@kbv.de, fknoeppke@kbv.de, cehrlich@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>